

Edmund Käbisch: „Zumutbare Wahrheiten zur kirchlichen Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts aus der Perspektive eines ev.-luth. Pfarrers“

NS-Paragrafen „Nichtgedeihlichkeit“

1937 wurde das deutsche Reichsbeamten-gesetz mit dem Paragraph „Nichtgedeihlichkeit“ erweitert, um nicht hitlertreue Beamte geräuschlos entfernen zu können. Dieses wurde auch in die Pfarrerdienstgesetze der ev. Landeskirchen übernommen, denn sie haben sich trotz des Kirchenkampfes letztendlich gleichschalten lassen. So wurde 1939 dieser Paragraph auch ins Pfarrerdienstgesetz der sächsischen Landeskirche eingeführt.

Im Jahr 1952 wurde der Paragraph aus dem Beamten-gesetz der Bundesrepublik gestrichen, da er nicht den rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht. Jedoch der Nazi-Paragraph „Nichtgedeihlichkeit“ blieb im Pfarrerdienstgesetz bestehen. Auch wenn nach der letzten Pfarrerdienstgesetzgebung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) aus dem Jahr 2010 dieser Paragraph zu „*nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes...*“ umformuliert wurde, so hat sich nichts am Denken und Handeln der evangelischen Kirche bei Amtsenthebungsverfahren geändert.

Sich in die DDR-Zeit hineinversetzen

In der DDR war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) die einzig führende Partei der Arbeiterklasse. Sie besaß die absolute Macht und deswegen wird die DDR als SED-Diktatur bezeichnet. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS alias Stasi) war lediglich „*Schild und Schwert der Partei*“. Sie hat den Machterhalt der SED mit konspirativen Mitteln abgesichert. Sie war kein Staat im Staat.

Kirche nie ein Partner

Die Kirche in der DDR wurde stets als ein Überbleibsel einer überholten Gesellschaftsordnung gesehen und so auch behandelt. Es darf nicht vergessen werden:

- ⇒ Religion galt als „*Opium des Volkes*“ (Karl Marx).
- ⇒ „*Die Kirche ist der stärkste legale Stützpunkt des Imperialismus*“ (MfS-Minister Ernst Wollweber, 1957).
- ⇒ „*Kirche als letzter organisierter Feind der DDR*“ (Albert Norden, Mitglied des Politbüros, 1958).

So wurden in der DDR extra Institutionen mit dem Ziel eingerichtet, die evangelische Kirche zu instrumentalisieren und zu manipulieren. Es gab keine Glaubensfreiheit. Diese Einrichtungen wurden zentral von Berlin gesteuert und waren in allen Bezirken, Kreisen und Städten vorhanden.

- ⇒ ZK der SED Arbeitsgruppe Kirchenfrage
- ⇒ MfS kirchenpolitische Abteilung XX/4
- ⇒ Staatssekretariat für Kirchenfragen

Die Staatsorgane teilten Pfarrer und kirchliche Angestellten ein in:

- ⇒ progressiv
- ⇒ loyal
- ⇒ feindlich-negativ/reaktionär

Die Staatsorgane versuchten, besonders die Progressiven weiter staatskonform und hörig zu machen.

Methode Operative Psychologie

In den letzten DDR-Jahren kamen die neusten Erkenntnisse der Psychologie in Anwendung. Menschen wurden über zwischenmenschliche Beziehungen systematisch beeinflusst und gesteuert. Es geschah sowohl offiziell als inoffiziell. Eine behutsame Manipulation der Gefühle, des Denkens, der Meinungen und der Bedürfnisse wurde durchgeführt. Es war eine Art sanfte Gehirnwäsche z.B. Abhängigkeiten durch Vergünstigungen. Aber die Stasi benutzte sie auch als operative Zersetzungsmethode, um Menschen physisch und psychisch zu zerstören und fertig zu machen. Es war eine weiße Folter, wenn Menschen massiv unter Druck gesetzt wurden. Unter diesem Trauma leiden heute noch Betroffene.

Die operative Psychologie war auf Langzeitwirkung angelegt und wirkt auch nach der friedlichen Revolution immer noch weiter!

Nichtgedehlichkeit wurde zum Schulbeispiel für DDR-Staatsorgane

1955 sollte ein Leipziger Pfarrer versetzt werden, nachdem der Kirchenvorstand einen Beschluss der Nichtgedehlichkeit gefasst hatte. Er sei nicht fromm genug, zu raubeinig und hat sich mit der landeskirchlichen Gemeinschaft überworfen, zu der sich etliche Kirchenvorsteher hielten. Nachdem die Landeskirche angeordnet hatte ihn versetzen, rief er den kirchlichen Notstand aus und verweigerte den Gehorsam. Er wählte einen eigenen Kirchenvorstand, sagte sich von der Landeskirche los, machte sich selbstständig, behielt die kirchlichen Gebäude und blieb im Pfarrhaus wohnen. Ein Kirchenschisma entstand.

Sofort übernahmen die Staatsorgane eine Fürsorgepflicht und überwiesen ihm monatliche Gehaltsbeträge bis zu 1.200 DM. Die Beträge wurden eine Zeitlang vom Rat des Bezirkes gezahlt. Zwar musste der Pfarrer als LKW-Fahrer selbst das Geld für seinen Lebensunterhalt verdienen, aber er wurde als inoffizieller Mitarbeiter (IM) „Eduard“ von der Stasi ohne Unterschriftserklärung geworben. Z.B. empfing er von der Stasi einen Kleintransporter PKW F9, um besser seine operative Arbeit erfüllen zu können und eine innerkirchliche Opposition aufzubauen.

In Leipzig bestand ein DDR-Unikum: SED und Stasi hielten sich einen Pfarrer und eine Kirchengemeinde. Das Schisma sollte als Art Modell dienen, um andere Pfarrer zu ermutigen, sich ebenfalls von der Landeskirche zu trennen und selbstständig zu machen. Die Stasi-Planung ging nicht auf und IM „Eduard“ blieb allein in seinem Kirchenschisma.

Die Reaktion der Landeskirche war, dass der Leipziger Pfarrer das Recht eines Geistlichen mit allen damit verbundenen Rechten und sogar seine Kirchenmitgliedschaft verlor. Jedoch im Jahr 1984 konnte er legal nach Hessen übersiedeln und empfing dort die kirchliche Altersversorgung als Pfarrer als Nichtkirchenmitglied?!

Der Teufel von Falkenstein

Am 4. September 1978 wählte der Falkensteiner Kirchenvorstand Pfarrer Rolf Günther wegen Nichtgedehlichkeit ab. Er sei kein erlöster Christ, entsprach nicht der Frömmigkeit der Volksmission und sei vom Teufel besessen.

Günther war alleinstehend und ein praktischer Pfarrer, der zupacken konnte. Er lebte fröhlich seinen Glauben. Er war besonders bei der Jugend wegen seines Gitarrenspiels sehr beliebt. Er meinte, von Gott eingesetzt zu sein, gegen die Frömmigkeit der Volksmission vorgehen zu müssen.

Dieser unerwartete Beschluss der Nichtgedeihlichkeit führte ihn zum Plan einer selbstinszenierten Selbstverbrennung. Während des Sonntag-Gottesdienstes am 17. September 1978 führte er seine Selbstverbrennung vor versammelter Gemeinde durch. Dabei enthüllte sich ein großes Plakat „*wacht endlich auf!*“. Zu Schaden außer Günther kam keiner.

Noch am Sonntag wurden sofort Absprachen zwischen Staat und Kirche getroffen:

- ⇒ innerkirchlicher Konflikt
- ⇒ keine politischen Hintergründe
- ⇒ Presseerklärung abgestimmt
- ⇒ Kirchenintern werden nur sachliche Informationen erfolgen
- ⇒ Kirche informiert die Medien
- ⇒ Günthers Tat wurde psychiatriert
- ⇒ Kirche übernimmt eigene Aufklärung

Das öffentliche Fanal war zwar ein Politikum, aber Stillschweigen wurde vereinbart. Die Kirche hält sich bis heute daran, aber damals nicht der Staat.

Die Stasi besaß keine Informationen zur dortigen Volksmission und wusste nichts von den Zwistigkeiten unter den Pfarrern. Konspirativ hat sie sich Kenntnis über das Denken und Wirken der Volksmission beschafft. Sie stellte fest, dort werden okkulte und exorzistische Handlungen betrieben:

- ⇒ Teufelsaustreibungen bei Kranken und Alkoholikern
- ⇒ Hausreinigungsdienst in Wohnungen
- ⇒ Zungenreden, dadurch werde die „Stimme Gottes“ erhört
- ⇒ Sündenvergebung durch Buße, Beichte oder Gebete
- ⇒ umfassende Lösung, dadurch werde die Vergebung der Sünden bis zurück in die dritte Generation erreicht

Nach seiner Selbstverbrennung entwickelten SED und Stasi neue Formen der Kirchenbearbeitungen (wahrscheinlich nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt).

Auf dem Rat des Bezirkes wurden die Referenten für Kirchenfragen mit Stasi-Offiziere im besonderen Einsatz (OibE) ausgewechselt. Sie hatten ein doppeltes Dienstverhältnis, sie waren offizielle Angestellte des Staates und andermal dienten sie inoffiziell der Stasi als Offiziere und handelten nur auf Befehle. Die wahre Identität kannte keiner. So wurden die Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter getäuscht! Die Gesprächsebenen wurden durchbrochen. Es bestand damals eine innerkirchliche Regelung, ein Pfarrer darf nicht mit Angestellten des Bezirkes verhandeln und Gespräche führen. Für den Bezirk war nur das Landeskirchenamt zuständig. Solche Begegnungen zwischen OibE und progressiven Pfarrern waren aus meiner Sicht wie IM-Treffs: Abschöpfungen, Informationsgewinnung, Instruktionen, Belobigungen... Dahinter stand die Absicht, systematischer Aufbau einer Art „*fünften Kolonne*“ innerhalb der Pfarrerschaft zu organisieren, aufzubauen und sie staatskonform zu steuern. Damit sollte u.a. das Ziel erreicht werden: Die Kirche habe sich nur um kultisch-religiöse Belange zu

kümmern und die „feindlich-negativen“ Kräfte (Basisgruppen, Kirche von unten, Menschenrechtsgruppen) selber zu disziplinieren.

Wer mehr von der Selbstverbrennung und deren Folgen erfahren möchte, der kann hier nachschlagen: http://www.dr-kaebisch.de/index.php?site=fanal_falkenstein.

Kirchen-Politik der Differenzierung und Zersetzung

Die Staatsorgane betrieben eine Kirchen-Politik der Differenzierung und Zersetzung u.a. über Vergünstigungen. Sie wurde still, geheim aber lukrativ betrieben nach dem Motto: *Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft*.

Zwar gab es klare Regelung im Pfarrerdienstgesetz von 1982 (BEK § 26) *Der Pfarrer ist zur Annahme von persönlichen Geschenken, Ehrungen und Auszeichnungen nicht berechtigt. Die Unabhängigkeit seines Dienstes darf nicht beeinträchtigt werden.*

Jedoch wurden progressive mitunter auch loyale Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter im Verborgenen belohnt:

- ⇒ Die die Politik des Staates vertraten bzw. vertreten sollten.
- ⇒ Die innerkirchliche Informationen und Materialien weitergaben.
- ⇒ Die Einschätzungen zur kirchlichen Lage erarbeiteten.
- ⇒ Die gegen die Leute, die das gute Staat-Kirche-Verhältnis störten, vorgingen.

Die menschliche Eigenschaft wurde gebraucht: „*Wes Brot ich esse, des Lied ich sing!*“

Staatliches Sonderkonto für politische Kirchen-Arbeit:

- ⇒ Kostenlose Ferien mit Familie in zwei Häusern des Staatssekretärs in Tabarz (Haus „Fortuna“) und in Juliusruh (Haus „Frieden“)
- ⇒ internationaler Urlauberaustausch oder Auszeichnungsreisen nach Polen, ČSSR, Ungarn, Schweiz
- ⇒ monatliche Unterstützung von Pfarrern bis 400 Mark
- ⇒ Bargeldzuwendungen bis 600 Mark
- ⇒ häufigste Auszeichnung mit Prämie „Verdienstmedaille der DDR“
- ⇒ Orden und Ehrenzeichen „Medaille für ausgezeichnete Leistung“, „Aktivist der sozialistischen Arbeit“, „Ehrennadel der Nationalen Front in Gold“
- ⇒ Sondergenehmigung zum Bezug westdeutscher Literatur
- ⇒ Kurzfristige Auslieferungen von PKW Wartburg
- ⇒ günstiger Hauskauf von DDR-Bürgern, die nach dem Westen übergesiedelt waren
- ⇒ Kuraufenthalt und Krankenhaus mit Operation in der Bundesrepublik.

Nur zwei kuriose Zuwendungen

- ⇒ Ein Pfarrer war CDU-Mitglied und Bezirkstags Abgeordneter. Er erhielt den „Vaterländischen Verdienstorden in Bronze“, die „Verdienstmedaille der DDR“, die „Ehrennadel der DDR in Silber“, das „Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Silber“, kostenlose Urlaube in Heimen des Staatssekretärs. Er konnte mehrfach auf Staatskosten nach Ungarn reisen. Als persönliche Zuwendungen wurden ihm bis 300 Mark gegeben. Er hat nie Einladungen zu Staatsempfängen ausgeschlagen.
- ⇒ Ein weiterer Pfarrer erhielt zum Ordinationsjubiläum 2000 Mark Prämie. Monatliche

wurden ihm eine Zusatzrente von 350 Mark überwiesen. Er konnte mindestens 13 x in Heime des Staatssekretärs seinen Urlaub verbringen.

Aufbau und Instrumentalisierung der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens durch SED und Stasi

Folgende Erwartungen wurden in die Kirchliche Bruderschaft gesetzt:

- ⇒ Die Traditionen der Bekennenden Kirche sind im DDR-Sozialismus fruchtbar zu machen.
- ⇒ Der mündige Christ lebt in der sozialistischen Gesellschaft und ist verpflichtet, den „christlichen Sozialismus“ aufzubauen.
- ⇒ Ein ständiger Dialog zwischen Kommunisten und Christen muss stattfinden.
- ⇒ Die politische Überzeugung bestand, dass der Sozialismus die humanste und beste Gesellschaftsordnung ist.
- ⇒ Sie ist die „Vorreiterrolle“ des guten Staat-Kirche-Verhältnisses in der DDR.

So hatte die Kirchliche Bruderschaft in die Kaderpolitik der Kirche einzugreifen, um progressive Pfarrer zu installieren:

- ⇒ ins Landeskirchenamt
- ⇒ in die Synode
- ⇒ ins Amt der Superintendenten
- ⇒ in die Ausbildung
- ⇒ in die Kirchgemeinden

Es war eine langfristige Unterwanderung (15 bis 25 Jahre) der kirchlichen Ämter!

Der Gründer der KBS war IM

Er wurde 1961 von der Stasi als IM „Klemm“ mit folgender Begründung geworben: *„Der Kandidat soll als Organisator und Leiter der zu schaffenden Oppositionsbewegung innerhalb der sächs. Landeskirche eingesetzt werden.“*

Seine Vergünstigungen waren u.a.:

- ⇒ 200 Mark monatlich vom Sonderkonto der Referenten für Kirchenfragen
- ⇒ BRD-Reisen im Auftrag der Stasi und empfing nach Auftrags Erfüllung Geld in DM
- ⇒ besaß die Sonderlizenz Nr. 1560 für die Einfuhr von Westbüchern.

Sein Nachfolger wurde erneut ein Pfarrer, der sich selbst als „roter Kommunisten Pfarrer“ oder „Parteisekretär der Pfarrer“ bezeichnete. Er war einer der privilegiertesten Pfarrer im Bezirk Karl-Marx-Stadt:

- ⇒ Er gehörte mit zum Gesprächskreis beim Vorsitzenden des Rat des Bezirkes.
- ⇒ 1985 war er Ehrengast beim Rat des Bezirkes zum 40. Jahrestag der Befreiung.
- ⇒ 1987 erhielt er die Einladung vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Siegfried Lorenz zum DDR-Feiertag 1987.
- ⇒ 1988 empfing er die Auszeichnung „Ehrenmedaille des Nationalrates der Nationalen Front“ + 300 Mark.
- ⇒ Er durfte kostenlose Ferientaufenthalte mit Familie in Häusern des Staatssekretärs verbringen.

Staatsorgane organisieren „Nichtgedeihlichkeit“ am Dom Zwickau

1981 wurde ich als 2. Pfarrer am Dom St. Marien in Zwickau gewählt. Als Pfarrer erledigte ich die ganz normale Arbeit in der Kirchgemeinde. Da gab es keine Verfehlungen, Rügen,

Lehrzuchtverfahren, Dienstpflichtverletzung oder Seelsorgeverletzung. Ich habe stets die Pflichten eines Gemeindepfarrers erfüllt.

Aber vor der Tür der Kirche lagen sog. „*DDR-Problembürger*“. Für diese Menschen öffnete ich den Dom und die kirchlichen Räume, ohne nach der Kircheng Zugehörigkeit zu fragen. Ich bemühte mich um eine situativ-missionarische Verkündigung. Für mich war es eine konkrete Arbeit an Menschen vor Ort und von unten. Aber dafür hatte ich keinen Dienstauftrag!

Wegen dieser Arbeit mit Problembürgern wurde ich von den Staatsorganen zum „*Feind*“ erklärt. Ich würde das gute Staat-Kirche-Verhältnis zerstören, weil ich mich als Pfarrer auch um die Umwelt, den Frieden, die Menschenrechte, die Strafgefangenen, die sozial Benachteiligten, die Antragsteller auf Ausreise, die Gleichheit und die Gerechtigkeit kümmerte. Die Stasi legte auf meine Person den operativen Vorgang (OV) „Kontrahent“ an. Damit konnten sie mit allen geheimdienstlichen Methoden und Mitteln mich konspirativ bearbeiten. Nach §§ 106 des Strafgesetzbuches würde ich staatsfeindliche Hetze betreiben. Das wurde mit bis 10 Jahre Freiheitsentzug bestraft. Weiterhin wurde nach §§ 107 des verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses ermittelt. Dafür konnte ich mit bis 12 Jahre Freiheitsentzug verurteilt werden.

Zu den Erstmaßnahmen der Stasi zählte auch, dass beim Landeskirchenamt Sachsens Beschwerde wegen meines gesellschaftswidrigen Wirkens geführt werde. Das ist über die Jahre hinweg ständig geschehen, aber darüber haben mich meine Dienstvorgesetzten nie informiert. Die Forderungen der Staatsorgane wurden mir nie mitgeteilt. Lediglich wurde mir mehrmals im brüderlichen Gespräch angeboten, die Pfarrstelle wechseln zu sollen.

Gottesdienste machen das gute Staat-Kirche-Verhältnis kaputt

Seit Februar 1988 besuchten die Sonntag-Abendgottesdienste des Domes Antragsteller zur ständigen Ausreise aus der DDR. Zuerst waren es zwei Eheleute, aber es wurden von Sonntag zu Sonntag immer mehr. Im Sommer kamen bis zu ca. 400 Antragsteller, denn für sie war der Dom der legale Sammelpunkt Westsachsens. Darunter waren auch etliche Härtefälle, deren Angehörige inhaftiert wurden. Aber über den guten Besuch der Abendgottesdienste bestand auch innerhalb der Kirche nicht nur Freud!

Sofort wurde von der Stasi ein neuartiger OV „Kammer I“ eröffnet. Da stand nicht ein zu bekämpfender „Feind“ im Mittelpunkt, sondern es waren die Kirchenvorsteher, die so von der Stasi manipuliert werden sollten, um gegen mich als Pfarrer vorzugehen. Es sollten mich die eigenen Geschwister „liquidieren“, d.h. mich ausschalten. So wurden bestimmte Kirchenvorsteher zu Tätern. Sie wirkten kontinuierlich daraufhin, dass diese Gottesdienste abzuschaffen sind und ich deswegen für die Gemeinde untragbar und nichtgedeihlich sei.

Weiterhin machten die SED-Machthabe Druck auf die Kirchenleitung. Kirche habe sich nur um „*religiös-kultische Angelegenheiten*“ zu kümmern. Diese Gottesdienste mit Antragstellern haben zu unterbleiben. Wegen lutherische Gottesdienste mit Liturgie, Gesang, Bibel, Predigt, Abendmahl, Gebet und Segen wurde ich vom Landeskirchenamt diszipliniert!

Die unruhigen Geister des Konziliaren Prozesses

Im Herbst 1988 bekamen die Akteure der Bewegung des Konziliaren Prozesses eine feste Heimstätte im Gemeindehaus der Versöhnungskirchengemeinde. Sie gründeten eine

Friedensbibliothek und dort trafen sich legal die Zwickauer Basisgruppen, die etwas in der DDR verändern wollten und Reformen anstrebten. Ich gehörte mit zu den Initiatoren dieser Bewegung, die sich für Demokratie, Freiheit, Ökologie, Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit, Glaubensfreiheit und Einhaltung der Menschenrechte einsetzten. Für die Staatsorgane waren diese Akteure Staatsfeinde und die Stasi hat für die einzelnen Gruppen extra operative Vorgänge (OV), die die höchste Form der konspirativen Feindbekämpfung war, angelegt. Alle begannen mit „K“. Für die Stasi war das „K“ der Hinweis dafür, dieser OV hat etwas mit der Kirche zu tun – z.B. OV „Kreis“, OV „Konzept“, OV „Konform“, OV „Konzil“, OV „Kontraste“, OV „Konfrontation“, OV „Kapuze“, OV „Kammer II“. Zwickau hatte sich zu einem oppositionellen Zentrum des ganzen Bezirkes entwickelt und es bestanden Verbindungen zu den so genannten staatsfeindlichen Gruppen und Kräften nach Leipzig, Dresden, Jena und Berlin. Es wurden auch Verbindungen nach dem Westen hergestellt.

Kirchenkampf im „Zwickauer Modell“

SED und Stasi konzipierten das „Zwickauer Modell“, das es so bei der Stasi noch nicht gab. Es wurde ein Einsatzstab unter der Führung des 1. SED-Kreissekretärs ins Leben gerufen. Neben der Stasi, mussten die Volkspolizei, der Oberbürgermeister, alle Staatsorgane, bestimmte bewaffnete Kampfgruppen und gesellschaftliche Kräfte konkrete Aufgaben übernehmen. Das Ziel war, eine Art fünfte Kolonne als „Trojanisches Pferd“ mit kirchlichen Leuten aufzubauen. Sie wurden von den Staatorganen so gesteuert, um die Basisgruppen in den Griff zu kriegen, sie zu disziplinieren und auszuschalten. In Zwickau wurde ein unsichtbarer Krieg geführt und die Stadt wurde zum Übungsplatz neuer Feindbekämpfungsmethoden!

Nach Einschätzung der SED und Stasi hatten sie binnen kürzester Zeit Erfolge zu verzeichnen. Das „Zwickauer Modell“ sollte dann analog auch in anderen Städten, Bezirken und sogar DDR-weit eingeführt werden.

Friedensgebet führte zu Missbilligung und Teilnahmeverbot

Für mich am Dom hat es sich so ausgewirkt. Zwar war ich seit Frühjahr 1989 wegen einer zweimaligen Hirnoperation krank, konnte keine Dienste versehen und nahm nicht an Kirchenvorstandssitzungen teil, da ich lange an Aphasie (Sprachlosigkeit) litt. Aber ich konnte mich nach meiner Entlassung aus dem Krankenhaus an den Aktionen der unruhigen Geister des Konziliaren Prozesses beteiligen. Ich gehörte mit zu den Initiatoren des ersten Friedensgebets im Dom am 16. Oktober 1989. Erst aus den Gesprächen mit dem Superintendenten vor dem Friedensgebet wurde mir deutlich, was einmal der Kirchenvorstand während meiner Krankheit unternommen hatte und andermal welcher Sinneswandel am Superintendenten geschehen war. Bis zu meiner Krankheit hatte er meine Arbeit mit den „Problembürgern“ unterstützt, mir freien Lauf gegeben und mich vor den Staatsorganen entschieden verteidigt. Ohne seine Autorität wären die Sonntagsabendgottesdienste vom Kirchenvorstand abgesetzt worden. Er hat es ermöglicht, dass die Akteure des Konziliaren Prozesses ein juristische Dach erhielten, obwohl die Staatsorgane und auch einige Amtsbrüder strikt dagegen waren. Aber als der Pfarramtsleiter während meiner Krankheit Zwickau verlassen wollten, da hatte sich der Superintendent mit eingesetzt, dass er seine Delegation in eine andere Gemeinde zurücknimmt. Ab da wurde ich überflüssig und er hatte zugelassen, dass meine Nichtgedeihlichkeit in Gang gesetzt wurde. Er wollte auch nicht, dass im Herbst 89 die Friedensgebete vom Konziliaren Prozess und von der „Kirche von unten“ mitverantwortet wurden. Ihm gelang es durch eine

demokratische Abstimmung der Pfarrer, dass nur die Amtskirche sie durchzuführen hatte.

Der Superintendent hatte mich als Kranker weder im Krankenhaus noch zu Hause besucht, jedoch er musste mich einen Tag vor dem ersten Friedensgebet unbedingt sprechen. Es sei kein Krankenbesuch, sondern er käme als Superintendenten im Auftrag des Kirchenvorstandes.

Folgende Missbilligung musste er mir aussprechen:

- ⇒ Mein unverantwortliches Handeln ein Friedensgebet vorbereitet zu haben, das schadet sowohl der Domgemeinde als auch der gesamten Kirche.
- ⇒ Mein Verhalten sei nicht brüderlich.
- ⇒ Der Kirchenvorstand habe schon so viel mit mir durchgemacht.
- ⇒ Ich sollte mich damit abfinden, dass sich der Kirchenvorstand erneut für den Pfarramtsleiter entschieden habe.
- ⇒ Bei einer kommenden Abstimmung müsste ich damit rechnen, wegen Nichtgedeihlichkeit die Domgemeinde zu verlassen.
- ⇒ Er werde alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration kommen werde.

Noch am Tag vor dem Friedensgebet suchte mich der Superintendent erneut auf und sprach mir als Superintendent ein Domverbot aus. Somit konnte ich am ersten Friedensgebet nicht teilnehmen, obwohl es auf Geheiß des Landesbischofs einmalig stattfinden durfte. Als Gründe gab er an:

- ⇒ Was er als Superintendent aufgebaut habe, würde ich kaputt machen.
- ⇒ Meine Anwesenheit würde die Staatsorgane nur reizen.
- ⇒ Ich solle den Kirchenvorstand nicht weiter provozieren.
- ⇒ Er übernimmt die Schirmherrschaft des Friedensgebetes.
- ⇒ Zukünftige Friedensgebete kann nicht mehr der Konziliare Prozess vorbereiten und verantworten, sondern nur die zuständigen Pfarrer der Ortsgemeinden.

Die Friedensgebete wurden von der Amtskirche okkupiert und die mündigen Christen entmündigt.

Akteneinsicht schafft Klarheit

Erst nach den Akteneinsichten in den unterschiedlichen Archiven wurde mir erkennbar, welche Auswirkung die operative Psychologie auf den Kirchenvorstand, den Superintendenten und dem Pfarramtsleiter hatte. Sie wurden schrittweise davon überzeugt, dass ich ein Störenfried sei, der das bestehende gute Staat-Kirchverhältnisses kaputt machte. Das war ganz im Sinne der SED und Stasi, denn ihre Gehirnwäsche zeigte Erfolge. Weiterhin wurde mir erst bewusst, dass ich von zwei Fronten „bekämpft“ wurde, einmal waren es die Staatsorgane und andermal meine eigenen Glaubensgeschwister. Es soll kurz belegt werden.

Eine Einschätzung vom 28. August 1989 verdeutlicht, was eigentlich die Stasi mit mir vorhatte. Der Leiter der Bezirksverwaltung, Siegfried Gehlert, hatte alle Leiter der Kreisdienststellen und der Bezirksverwaltung zu einer Dienstberatung ein beordert. Dort wurde Folgendes protokolliert: „*Springer (Leiter der Kreisdienststelle Zwickau) da brauchst du nicht zu lachen, also ich würde deinen Käbisch und wie sie alle heißen, schon lange eingedockt haben und das würde sogar auch reichen, ewig reichen, auf lebenslänglich würdee ich plädieren. Also zumindest so lange ich noch lebe.*“ Ein Stasi-Dokument belegt,

dass der werdende Pfarramtsleiter vor seinem Dienstantritt vom Landeskirchenamt informiert wurde, gegen das „Wirken“ von Pfarrer Dr. Käbisch vorzugehen. Dieses hatte der Pfarramtsleiter dem staatlichen Kirchenreferent nach seinem Amtseintritt im Vertrauen mitgeteilt.

Gott sei gedankt! Es geschah das Wunder der Friedlichen Revolution

Jedoch man sollte wissen, zu den Friedensgebeten in Zwickau standen dann auch Pfarrer auf der Kanzel, die sich konsequent für den Erhalt des guten Kirche-Staat-Verhältnisses eingesetzt hatten oder sogar IM waren. Trotzdem ereignete sich eine Revolution, die friedlich verlief und gut ausging. Das war ein weltgeschichtliches Wunder und darauf können alle Akteure stolz sein.

Nachhaltigkeit des sog. Trojanischen Pferdes

Aus meiner Sicht war das installierte Trojanische Pferd ein Erfolg für SED und Stasi, denn es hat die Friedliche Revolution überdauert. Was einmal in die Köpfe eingepflanzt wurde, das geht nicht einfach zu löschen. So führen noch heute die eigenen Kirchenleute das aus, was die damaligen DDR-Staatsorgane nicht erreichten:

1. Andersdenkende und -glaubende werden aus der Kirche gemobbt.
2. Demokratische Freiheitsrechte werden missachtet.
3. Fast nur religiös-kultische Angelegenheiten werden gepflegt.
4. Dringende Lebensfragen des Volkes spielen kaum noch eine Rolle.
5. Ihre eigenen Kirchenprobleme sind die wichtigsten – z.B. Struktur.

Nur ein Beispiel noch aus der DDR-Ära

Am 29. August 1990 nahm ich an der ersten Ärsarsitzung (Zwickauer Innenstadtgemeinden bilden einen juristischen Verband) nach meiner Krankheit teil. Die vier Pfarrer waren sich einig, dass es mit mir keine gedeihliche Zusammenarbeit mehr geben werde. Mein Verhalten, Benehmen und Auftreten vor der Friedlichen Revolution seien „mies“ und wie eines „Sektenpredigers“ gewesen. Durch meine Hirnoperation habe ich jetzt eine „Scheibe“ und damit einen „Dachschaden“. Deswegen fühlten sie sich genötigt, dem Landeskirchenamt diese „Nichtgedeihlichkeit“ mitzuteilen. Dieses Verfahren der „Nichtgedeihlichkeit“ hat sich neun Jahre hingezogen, bis ich dann mit 55 Jahren ohne Recht und Gesetz aus dem Pfarrdienst entsorgt wurde.

Fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel

Ab 1992 wurden die Stasi-Akten geöffnet und jeder konnte für sich beantragen, dass er in seine Akte Einsicht nehmen kann. Nach der Einsichtnahme stellten der Jugenddiakon Eberhard Heiße (Marienberg), der Evangelist Dr. Theo Lehmann (Karl-Marx-Stadt), der Landesbeauftragte der Landeskirche für „Glaube und Wissenschaft“ (Schönberg) und ich fest, es wurden ständig Gespräche zwischen dem Landeskirchenamt und dem Rat des Bezirkes geführt. Dabei ging es um Versetzungen oder sogar um legales Verlassen der DDR, weil wir ständig das gute Staat-Kirche-Verhältnis missachtet hätten. Darüber wurde mit uns weder offen, ehrlich noch brüderlich gesprochen. Unser Vertrauen in die oberste Dienstbehörde war gestört. So baten wir den Landesbischof Dr. Johannes Hempel um ein klärendes Gespräch. Er gewährte es uns, aber Folgendes kam heraus:

⇒ Er bewertet die Dokumente anders.

⇒ Als Bischof musste er die ganze Kirche im Blick haben.

⇒ Wir haben das gute Staat-Kirche-Verhältnis gestört.

⇒ Was hätte er als Bischof anders machen können?

Nach dem Gespräch hatten wir den Eindruck, damals wie heute wurden wir fallen gelassen wie eine heiße Kartoffel.

Nicht vergessen!

In der DDR-Diktatur war es unmöglich und höchst gefährlich, das Unrecht der Menschenrechtsverletzungen und die Verbrechen auch der Sowjetunion beim Namen zu nennen und öffentlich zu erörtern. Das führte zunehmend zum Vertrauensverlust und zur Flucht aus dem eigenen Land. Das war eine der Ursachen, weshalb 1989 fast die ganze Bevölkerung die Friedliche Revolution begrüßte und neue Zeiten erhoffte.

Meine Meinung

So wie sich einst die DDR-Machthaber verhielten, so ähnlich verhält sich die sächsische Landeskirche bei der Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Es wird weder über das Versagen noch über die Schuld öffentlich gesprochen. Eine Bußhaltung fehlt. Dieses führt zunehmend zum Vertrauensverlust und zur fortschreitenden Auswanderung aus der Kirche.

Deshalb meine These:

Der nicht aufzuhaltende Vertrauensverlust (Implosion) der Landeskirche ist von ihr selbst mit verursacht, weil keine sachgerechte Aufarbeitung der NS- und DDR-Zeit erfolgte.